

## WORTWÖRTLICH

«Managed-Care-Modelle, bei denen die Versicherten mehr Eigenverantwortung übernehmen, müssen zum Grundmodell im Schweizer Gesundheitswesen werden.»

Stefan Schena, CEO Krankenkasse ÖKK

«Es sind fast ausschliesslich die ganz jungen Leute, die immer wieder die Krankenkasse wechseln und sich nur über den Preis orientieren. Und sie wählen bevorzugt Billigkassen, weil ihnen der Service gleichgültig ist, da sie diesen ohnehin nicht brauchen.»

Mathis Trepp (Grossrat und Arzt, Erstunterzeichner SP-Auftrag Prämienverbilligung)

«Die Praxisgebühr beim Arztbesuch von 30 Franken ist ein Unsinn. Wenn schon, müsste man, wie im Tierspital Zürich, für nichtberechtigte Besuche auf der Notfallstation, die meist ein Vielfaches an Kosten verursachen, eine Gebühr von 120 Franken bezahlen. Dies hätte einen blitzartigen kostendämpfenden Lenkungseffekt.»

Mathis Trepp

«Mit noch mehr Prämienverbilligung lösen wir das Problem nicht. Wir bringen nur mehr Geld ins System.»

Stefan Schena

«Wir kommen immer wieder zurück auf die Kosten. Die anfallenden Kosten müssen ganz einfach gedeckt sein.»

Christoffel Brändli, Ständerat und Ex-Präsident Santésuisse

«Die Linke wird bei der Finanzierung der Gesundheitskosten für 60 Prozent Steueranteil sein und damit ihren Mittelstand vergraulen.»

Christoffel Brändli

«Beim Gesundheitswesen handelt es sich um ein finanziertes System, das nicht so viele Schulden hat wie beispielsweise die IV.»

Christoffel Brändli



«Die Kosten müssen gedeckt sein»: SVP-Ständerat Christoffel Brändli.

«Wo genau die Grenze zwischen Steuern und Prämien verlaufen soll, muss dringend diskutiert werden.»

Arnold Bachmann, Direktor Kantonsspital Graubünden

«Mit den Prämienverbilligungen wird heute teilweise Schindluderei betrieben, weshalb diese dringend an die Versicherten ausbezahlt sind.»

Carlo Portner, Grossrat, Kommissionspräsident Gesundheit und Soziales

«Es sollte nur noch Prämienverbilligung geben, wenn sich der Versicherte dem Hausarztmodell unterzieht.»

Carlo Portner

«Bei der Prämienverbilligung sollen in Zukunft gezielter nur noch diejenigen Versicherten etwas bekommen, die es nötig haben.»

Christoffel Brändli

«Das Prämienverbilligungssystem ist auch eine Bankrotterklärung an das Kopfprämiensystem, weil der Einzelne die Prämie nicht mehr bezahlen kann. Das ganze Gesundheitssystem an sich ist einfach zu teuer.»

Mathis Trepp

«Die Tatsache, dass wir Solidaritätsbeiträge bezahlen als Bankrotterklärung eines Systems zu bezeichnen, betrachte ich als falsch.»

Christoffel Brändli

«Die fehlende Eigenverantwortung und das Entwickeln einer Konsumhaltung sind die grössten Probleme in unserem Gesundheitswesen.»

Arnold Bachmann

«Die Reserven der Krankenkassen sind eher an einer kritischen Grenze als zu hoch.»

Arnold Bachmann

## Krankenkassenprämien (3/3)

# Prämienverbilligung ist reine Symptombekämpfung

Das System der individuellen Prämienverbilligung für finanziell Minderbemittelte, welches die SP Graubünden weiter ausbauen möchte, fällt am BT-Stammtisch grossmehrheitlich als reine Umverteilungsübung durch Prämien-schock hin oder her.

Von Verena Zimmermann (Text) und Tamara Defilla (Fotos)



Diskutierten im Kantonsspital über die Krankenkassenprämien (von rechts): Carlo Portner, Arnold Bachmann, Christoffel Brändli, Mathis Trepp, Stefan Schena zusammen mit BT-Redaktionsmitglied Verena Zimmermann und Norbert Waser, stellvertretender Chefredaktor «Bündner Tagblatt».

Die im Mai für den Kanton Graubünden angekündigte Erhöhung der Krankenkassenprämien für 2010 um rund 15 Prozent, der so genannte Prämienschock, ist für Arnold Bachmann, Vorsitzender der Geschäftsleitung Kantonsspital Graubünden, hausgemacht. Gemäss Bachmann liegt die Kostensteigerung im Schweizer Gesundheitswesen seit 1964 bei durchschnittlich 4,2 Prozent, was zwar über der Teuerung, aber unter der Steigerung der Mietzinsen liege. «In den letzten fünf Jahren sind die Gesundheitskosten um durchschnittlich 4,6 Prozent gestiegen, jedoch die Prämien nicht entsprechend angepasst worden. Diesen moderaten Prämienanstieg hat man sich zu Lasten des Reservebaus bei den Krankenkassen erkaufte, und jetzt kommt die ganze Erhöhung auf einen Schlag», analysiert er den im Mai vom BAG angekündigten Prämienschock.

Doch wer ist schuld am Prämienschock, an den stetig ansteigenden Gesundheitskosten? Das Bundesamt für Gesundheit (BAG)? Die Krankenkassen? Oder die Versicherten? Grundsätzlich alle miteinander, ist man sich am BT-Stammtisch einig. Bei den zu treffenden Gegenmassnahmen scheiden sich dann aber die Geister.

## Frage der Selbstverantwortung

Was die Selbstverantwortung anbelangt, bezahle der Schweizer zwei Drittel der anfallenden Medizinalkosten höchstpersönlich, betont der Churer Arzt und Grossrat Mathis Trepp. Die Schweiz sei das einzige Land in Europa, das ein Kopfprämiensystem habe. Deshalb und «weil die finanzielle Belastung für untere, aber auch für mittlere Schichten immens hoch geworden ist, müsste das Krankenkassenverbilligungssystem massiv ausgebaut werden», argumentiert der Erstunterzeichner des SP-Auftrags zur jüngsten Prämienverbil-

lungsrunde, welcher in der Aprilsession des Grossen Rates eingereicht wurde. Im Kanton Graubünden müssen aktuell maximal zehn Prozent des Einkommens für die eigene Krankenkassenprämie aufgewendet werden. Wer unter 10 000 Franken verdient, ist von der Prämienzahlung vollständig befreit. Gemäss SP-Auftrag soll die Einkommensgrenze für Prämienverbilligung neu bei acht Prozent liegen. «Schweizweit laufen eine Menge Leute in finanzielle Probleme hinein, weil sie ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können. Dann landen sie beim Sozialamt, was nicht billiger wird», so Trepp weiter. Die Krankenkassenprämie sei doch immer auch ein Solidaritätsbeitrag der Gesunden an die Kranken.

## Schmerzgrenze bei den Kosten

Bei der Höhe der Krankenkassenprämie gebe es eine persönliche Schmerzgrenze, stimmt Stefan Schena, CEO der Krankenkasse ÖKK, Trepp zu. Es gebe jedoch auch eine systembedingte Schmerzgrenze, welche sich um die Grundsatzfrage «Wie viel wollen wir für das Gesundheitswesen ausgeben?» drehe. Aktuell würden 3,5 Milliarden Franken für Prämienverbilligungen aufgewendet. «Zählen wir die von Bundesrat Pascal Couchepin nun zusätzlich beantragten 200 Millionen Franken dazu, sind wir bei praktisch gleich hohen Ausgaben wie für die Armee und etwas mehr, als wir für die Landwirtschaft ausgeben.» Schweizweit würden derzeit rund 40 Prozent der Bevölkerung eine individuelle Prämienverbilligung er-

halten. «Das bedeutet, dass zwei Drittel der Bevölkerung nicht nur ihre eigenen Prämien bezahlen, sondern via Steuern auch noch die Prämien der andern mitfinanzieren. Mit der Forderung der SP nach noch mehr Prämienverbilligungen sind wir komplett auf der falschen Schiene», meint Schena.

## Finanzierung überdenken

Weil die Schweiz ein gemischtes System zur Finanzierung des Gesundheitswesens habe, müsse diskutiert werden, welcher Teil der Gesundheitskosten über die Prämien und welcher Teil über die Steuern bezahlt werden solle (heute 50/50), wirft Ständerat Christoffel Brändli, ehemaliger Präsident Santésuisse, ein. Das Bild der Kosten präsentiere sich mit den Prämienverbilligungen ohnehin völlig verzerrt. Gerade in Graubünden, wo die Prämienverbilligungen noch immer dem Versicherten direkt und nicht an die Krankenkassen ausbezahlt würden, bestehe zudem die Gefahr, dass der Versicherte das für die Prämienverbilligungen kassierte Geld anderweitig, etwa für Ferien, verbräuche und dann seine Prämien nicht bezahlen könne. Zunehmende Probleme mit den Prämienverbilligungen ortet er namentlich beim Mittelstand, bei dem der Steueranteil grösser ist als der zu bezahlende Prämienanteil. «Hier ist die Politik gefordert, den Verteilungsschlüssel zwischen Steuern und Kopfprämie auf 60 zu 40 Prozent zu bringen.»

## Leistungskatalog einschränken

Auch für Bachmann ist die Diskussion, zu welchen Anteilen die Gesundheitskosten finanziert werden sollen wichtiger als die Verhandlungen über Prämienverbilligungen. «Die Prämienverbilligung ist die Bankrotterklärung des Finanzierungssystems, weil damit nur das abgefangen wird, was auf der Prämienseite zu viel ist.» Die Prämienverbilligung sei eine Notmassnahme, die hinten das korrigiere, was vorne falsch eingestellt wurde. Das System, das ursprünglich als Solidaritätsmassnahme für die Minderbemittelten gedacht war, habe seinen ursprünglichen Charakter verloren. «Es sind doch nicht 40 Prozent der Schweizer minderbemittelt. Deshalb muss das System wieder zurückkorrigiert werden», so Bachmann. Auch Grossrat Carlo Port-

ner, Kommissionspräsident Gesundheit und Soziales, erachtet das Prämienverbilligungssystem als Bankrotterklärung: «Es geht ja nicht, dass bald einmal die Hälfte der Bevölkerung individuelle Prämienverbilligungen bezieht. Das heisst doch nur, dass die Schmerzgrenze erreicht ist, wenn man diesen Ausgleichsmechanismus nicht hätte.» Er erachtet jedoch das Vorhandensein «irgendeines» Ausgleichssystems als notwendig. Er warnt davor, den Leistungskatalog nicht weiter auszudehnen, sondern eher wieder einzuschränken.

Einigkeit herrscht bei den fünf Exponenten des Bündner Gesundheitswesens schliesslich darin, dass das Prämienverbilligungssystem im Kanton Graubünden viel zu kompliziert ist und dringend vereinfacht werden muss. Und weiter: «Insbesondere Couchepins Politik, die auf einen Abbau der Reserven bei den Krankenkassen zielte, um Ende Jahr jeweils einen möglichst geringen Prämienanstieg präsentieren zu können, holt uns jetzt mit dem Prämienschock ein», bringt es Schena auf den Punkt. In den letzten Jahren sei es beim Festlegen der Prämien mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) ja wie auf einem orientalischen Basar zu und her gegangen.

## Die Expertenrunde

Am BT-Stammtisch, der heute mit dem dritten und letzten Teil abgeschlossen wird, haben Experten aus unterschiedlicher Optik das Thema Krankenkassenprämien beleuchtet: Arnold Bachmann, CEO des Kantonsspitals Graubünden, Christoffel Brändli, SVP-Ständerat und ehemaliger Präsident des Krankenkassenverbandes Santésuisse, Carlo Portner, CVP-Grossrat, Kommissionspräsident Gesundheit und Soziales und Geschäftsführer Bündner Ärzteverein, Stefan Schena, CEO Krankenkasse ÖKK, und Mathis Trepp, SP-Grossrat, Hausarzt und Erstunterzeichner des SP-Auftrags zur Prämienverbilligung. Regierungsrätin und Gesundheitsdirektorin Barbara Janom Steiner war als Teilnehmerin ebenfalls vorgesehen, musste sich aber wegen einer Terminkollision kurzfristig abmelden. (mv)



Unterschiedliche Auffassungen bei der Prämienverbilligung: Stefan Schena (links) und Mathis Trepp.